

FDP Rheinland-Pfalz · Am Linsenberg 14 · 55131 Mainz

QueerNet Rheinland-Pfalz e.V.
c/o Bar jeder Sicht
z.Hd. Joachim Schulte
Hintere Bleiche 29

55116 Mainz

Wahlprüfsteine

Mainz, 15. Februar 2016

Dr. Volker Wissing
Vorsitzender

FDP Rheinland-Pfalz
Am Linsenberg 14
55131 Mainz

rlp@fdp.de
www.fdp-rlp.de
twitter.com/fdprlp
facebook.com/fdprlp

T: 06131 232 541
F: 06131 233 803

Sehr geehrter Herr Schulte,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 22. Dezember 2015 und Ihr darin zum Ausdruck gebrachtes Interesse an den Positionen der FDP Rheinland-Pfalz.

Zu Ihren Fragen nehme ich wie folgt Stellung:

Recht – Gleichgeschlechtliche Partnerschaften

1. Setzt sich Ihre Partei auf Bundesebene für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften ein? Wenn ja, was macht Ihre Partei, damit nach dem Bundesrat auch der Bundestag der Gesetzesvorlage zur Öffnung der Ehe zustimmt?

Ja, die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften ist längst überfällig.

2. Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die Erforschung der Geschichte der Lesben und Schwulen in Rheinland-Pfalz durch regionalgeschichtliche Forschungen ergänzt und somit fortgeführt wird?

Ja, die Forschung sollte in einem angemessenen Rahmen fortgeführt und ergänzt werden.

3. Wird Ihre Partei sich für eine angemessene Entschädigung der nach dem §175 StGB Verurteilten in Rheinland-Pfalz einsetzen? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen und Mittel wird Ihre Partei in Rheinland Pfalz ergreifen?

Ja, eine angemessene Entschädigung ist erforderlich.

Landesantidiskriminierungsgesetz

4. Wird sich Ihre Partei für ein Landesantidiskriminierungsgesetz einsetzen welches auch Inter* und Trans* beinhaltet?

Es gibt diesbezüglich aktuell keine Initiative der Freien Demokraten, jedoch müssten im Falle einer Gesetzesinitiative natürlich auch Inter* und Trans* beinhaltet sein.

5. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Vergabe von Fördermitteln in Zukunft explizit an die Einhaltung des AGGs zum Beispiel durch die Ergänzung eines Passus, der die Einhaltung des Gleichbehandlungsgesetzes mit allen

„Merkmale“ des AGG explizit verankert, einsetzen? Dieser Passus sollte für alle geförderten Institutionen und Vereine gelten.

Nein. Entsprechende Kontrollen wären in der Praxis kaum durchführbar.

6. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass sowohl Homophobie als auch Transphobie durch die Antidiskriminierungsstelle des Landes dokumentiert wird?

Ja, dahingehende Straftaten sollten, sofern dies möglich ist, erfasst werden.

7. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, mit den sozialen Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft zu verhandeln, damit der Kündigungs- und Arbeitsschutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinsichtlich der Einhaltung des AGG gewährleistet ist?

Wir sehen eine Anpassung des Kündigungs- und Arbeitsschutzes der sozialen Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft als notwendig an, halten es jedoch für nicht angemessen, darauf von politischer Seite direkt Einfluss zu nehmen.

Familienvielfalt

8. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass das erfolgreich von QueerNet Rheinland-Pfalz durchgeführte Projekt „Familienvielfalt“ in Zukunft weitergeführt und mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet wird, so dass eine flächendeckendere Versorgung in Rheinland-Pfalz ermöglicht wird?

Ja, das Projekt sollte weitergeführt werden. Eine Aufstockung der Mittel müsste konkret geprüft werden.

Bildung

9. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass in Aus-, Fort-, und Weiterbildungen von Lehrer_innen und Erzieher_innen, Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt werden, wie homo- und transphobem Verhalten effektiv entgegengewirkt werden kann? Zudem sollte das Wissen über Homo- und Bisexualität, sowie Trans-, und Intergeschlechtlichkeit in obigen Aus-, Fort-, und Weiterbildungen vertieft werden.

Ja.

10. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass in schulischen Lehrmitteln ein realistischeres Abbild der Gesellschaft zu zeigen, in dem auch lesbische, schwule, bi, trans- und intergeschlechtliche Lebensweisen gezeigt werden?

Ja.

11. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Lehrpläne in diesem Sinne angepasst werden?

Ja.

12. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass es Ansprechpersonen in den Bildungseinrichtungen des Landes gibt, die das AGG vor Ort umsetzen und für Akzeptanz von Vielfalt werben?

Nein, dies sollte durch die Ausbildung von in Bildungseinrichtungen arbeitenden Personen gewährleistet sein.

13. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass es eine Ansprechperson im Bildungsministerium/ der ADD gibt, die Schulen berät, wie Sie zur „Schule der Vielfalt“ werden können?

Siehe Antwort auf Frage 12.

14. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen das erfolgreich mit QueerNet Rheinland-Pfalz geführte Bildung-Projekt „SchLAu“ in Rheinland-Pfalz fortzuführen und mit mehr finanziellen Mitteln auszustatten, damit eine flächendeckendere Versorgung in Rheinland-Pfalz ermöglicht wird?

Ja, das Projekt sollte weitergeführt werden. Eine Aufstockung der Mittel müsste geprüft werden.

15. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen Forschung zu queeren Themen in Universitäten und Forschungseinrichtungen zu fördern? Wenn ja, welches Konzept schlagen sie vor? Welche Standorte sehen Sie?

Dahingehend besteht keine Initiative der Freien Demokraten, jedoch begrüßen wir Forschungsinitiativen dieser Art und sind auch einer entsprechend angemessenen Förderung nicht abgeneigt. Die Initiative sollte bei den Forschungseinrichtungen liegen, nicht beim Land Rheinland-Pfalz.

Sport

16. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Landessportbund und seine Untergliederungen Fortbildungen für Trainer_innen und Übungsleiter_innen durchführt, die auf die Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Trans* und Inter* im Sport hinweisen?

Dahingehend besteht keine Initiative der Freien Demokraten. Wir sehen, dass auch im Sport noch großes Engagement hinsichtlich der Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Trans* und Inter* gefordert ist, jedoch halten wir es für nicht angemessen, darauf von politischer Seite direkten Einfluss zu nehmen.

17. Wird sich Ihre Partei dafür ein setzen, dass der Landessportbund und seine Untergliederungen Akzeptanzkampagnen für queere Lebensweisen in ihren Vereinen durch?

Wir verweisen auf unsere Antwort zu Frage 16.

Gesundheit

18. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, in den Aus-, Fortund Weiterbildungen von Gesundheitsberufen (Heil- und Pflegeberufen) Situationen von Lesben, Schwulen, Bi, Inter*- und Trans*-Personen verpflichtend zu verankern?

Ja.

19. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass der Ausschluss von der Blutspende erst nach der persönlichen Befragung durch einen Arzt und unabhängig von der sexuellen Identität vorgenommen wird, so wie dies auf europäischer Ebene empfohlen wird.

Ja.

Polizei

20. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass in der polizeilichen Aus-, Fort- und Weiterbildung verpflichtend über die Lebenssituation von Lesben, Schwule, Trans* und Inter* informiert wird, damit Opfer homophoner und transphober Straftaten diese anzeigen und bei der Polizei vorurteilsfreie Ansprechpersonen finden?

Ja.

Trans*

21. Wird sich Ihre Partei auf Bundesebene einsetzen, um die Europarats-Resolution zu Trans*-Rechten zeitnah in Bundesrecht umzusetzen?

Ja, wir werden prüfen, inwiefern die Europarats-Resolution in Bundesrecht umgesetzt werden kann und dies auch forcieren. Dies gilt neben den Belangen von Trans* natürlich auch ausdrücklich für Belange von Inter*.

22. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass zur Änderung des Personenstandes und Namens in Dokumenten kein gerichtlicher Beschluss notwendig ist, sondern eine einfacher und schnellere Form der Grundlage zur Änderung gefunden wird? Wenn ja, welche Form könnte sich Ihre Partei vorstellen?

Wir verweisen auf unsere Antwort zu Frage 21.

23. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass es einen „Ergänzungsausweis Rheinland-Pfalz“ für Trans*Personen gibt für die Zeit Ihrer Transition?

Wir verweisen auf unsere Antwort zu Frage 21.

24. Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die Polizei und andere Behörden den Ergänzungsweis kennen und die betroffenen Personen entsprechend des Zielgeschlechtes entsprechend anreden und auch die Korrespondenz entsprechend führen?

Wir verweisen auf unsere Antwort zu Frage 21.

25. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass in Rheinland- Pfalz der Zugang zu medizinischen Leistungen für inter- und transgeschlechtliche Menschen erleichtert wird, vor allem in Hinblick auf das Gutachterverfahren zusammen mit dem sogenannten Alltagstest?

Wir verweisen auf unsere Antwort zu Frage 21.

26. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass in Rheinland- Pfalz der Anspruch auf verbindliche Kostenübernahme aller sinnvoller Maßnahmen zur Erleichterung des sogenannten Passings durch die Krankenkassen verankert wird?

Wir verweisen auf unsere Antwort zu Frage 21.

27. Wird Ihre Partei zusammen mit QueerNet Rheinland-Pfalz unabhängige Beratungsstellen für Trans* und Inter- Personen einrichten und sie mit ausreichend finanziellen Mitteln ausstatten?

Ja, jedoch sehen wir Beratungsstellen dieses Charakters nicht als eigenständiges Projekt. Die Arbeit sollte in das bereits bestehende Engagement von QueerNet RLP integriert werden.

28. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass es einen Arbeitskreis Trans* gibt, der von der Landesregierung geleitet, in regelmäßigen Abständen die wesentlichen Akteure und Akteurinnen zusammenbringt, um in Rheinland-Pfalz die Lebenssituation von Trans*Personen zu verbessern?

Nein, die Einrichtung eines Arbeitskreises auf Landesebene explizit für Trans* halten wir für nicht sinnvoll. Vorrangig sollte unser Bundesrecht an die Belange von Trans* angepasst werden.

Inter*

29. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass intergeschlechtliche Menschen die vor dem 1. November 2013 geboren sind, ihr Geschlecht in Ihrer Geburtsurkunde löschen lassen können?

Wir verweisen auf unsere Antwort zu Frage 21.

30. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass nicht notwendige gesundheitliche Eingriffe bei intergeschlechtlichen Personen, nicht ohne informierte Entscheidung der betroffenen Menschen erfolgt?

Ja, das Selbstbestimmungsrecht des Menschen muss hier im Vordergrund stehen.

31. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Festlegung eines Anspruchs auf Übernahme der Kosten von notwendigen medizinischen Maßnahmen bei intergeschlechtlichen Personen, inklusive Reha, durch die Krankenkassen erfolgt?

Wir verweisen auf unsere Antwort zu Frage 21.

32. Wird sich Ihre Partei für einen Hilfs- und Entschädigungsfonds für Betroffene einsetzen, der für die Folgen aufkommt, die durch konkrete geschlechtszuweisenden Zwangsmaßnahmen entstanden sind, die ohne Einwilligung der Betroffenen durchgeführt wurden?

Ja, eine Entschädigung für dahingehend betroffene Personen ist zu prüfen.

Teilhabe

33. Wird sich ihre Partei dafür einsetzen, dass die neue Landesregierung einen Beauftragter/ eine Beauftragte für die Belange von Lesben, Schwulen, Trans* und Inter* schafft?

Ja.

Mit freundlichen Grüßen

